

# Auerthal-Zeitung.

Tageblatt für die Stadt Aue und Umgebung.

**Verkauf**  
täglich Nachmittags, außer an Sonn- u. Feiertagen. — Preis pro Monat frei ins Haus 20 Pfg., auswärtig 25 Pfg. — Mit der Sonntagsbeilage: „Der Zeitpiegel“ 5 Pfg. mehr. — Bei der Post abgeholt pro Vierteljahr 1 M. — Durch den Briefträger 1.40 Mark.

**Billigste Tageszeitung im Erzgebirge.**

Verantwortlicher Redakteur: **Ernst Gausz**, Aue (Erzgebirge).  
Redaktion u. Expedition: **Aue**, Marktstraße.

**Anzeigen**  
die einpaltige Zeitschrift 20 Pfg., amtliche Inserate die Correspondenz-Belle 25 Pfg., Kellereien pro Seite 20 Pfg. Bei 4 maliger Aufnahme 25% Rabatt. — Bei größeren Inseraten u. mehrmaliger Aufnahme wird entsprechend höherer Rabatt gewährt. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen an.

Nr. 91

Freitag, den 30. Juni 1899.

12. Jahrgang.

## Beseholzzeichen Aue.

Wir fordern alle diejenigen hiesigen Armen, welche in diesem Jahre Beseholzzeichen zu erlangen wünschen, auf, sich bis zum

**5. Juli ds. Js.**

in unserer Rathregistratur, Schwarzenbergerstraße 10, 1 Tr. zu melden.

**Der Rath der Stadt.**

Rathsassessor Taube. Rähn.

Wir geben hierdurch bekannt, daß wir an Stelle des Herrn **Rehner**

**Herrn Emil Reil**

als Schlosser für das Gas- und Wasserwerk angestellt und heute verpflichtet haben.

Aue, den 27. Juni 1899.

**Der Rath der Stadt.**

J. B. Rathsassessor Taube. Rähn.

## Auerthal-Zeitung

ersch.  
**jetzt täglich,**

Costet  
**pro Monat  
nur 20 Pfennige.**

### Aus aller Welt.

\* Aus den verschiedensten Theilen des gewaltigen chinesischen Reiches werden Unruhen gemeldet; der Haß des niederen Volkes gegen alles Fremde wird gegenwärtig von fanatischen Hekern bis aufs äußerste geführt. So ist, nach der übereinstimmenden Meldung mehrerer englischer Blätter, auch in unserem chinesischen Reichslande Kiautschau ein Teil der Bevölkerung schwierig geworden, ihre Auffassung hat sich in dem Angriff eines Volkshaufens gegen die Eisenbahnbauten bei Tsintau Luft gemacht.

\* Auf den Straßen bei Ferne ist es leider bei dem Ausstände zu schweren Ausschreitungen gekommen. Auf Bege „Friedrich der Große“ mußte Gendarmrie zum Schutze der Arbeitswilligen aufgebaut werden. Sie schlug mit blanker Waffe ein und gab Schüsse ab, welche mit schwerem Steinhagel erwidert wurden. Zahlreiche Personen erlitten Verletzungen leichter Art. Auch auf Bege „Shamrod“ kam es in der Nacht zum Dienstag zu wüsten Szenen. Auf die Arbeiterhäuser der Bege wurden von den Streikenden zahlreiche Schüsse abgegeben, welche von der Gendarmrie erwidert wurden. Verletzungen schwerer Art sind bisher nicht bekannt geworden. — Auf der Bege „v. d. Heydt“ ist gestern niemand eingefahren. Auf „Shamrod“ fuhr 313 von 700 Arbeitern an, auf Bege „Julia“ fehlten 78 Mann. — Auf den gestrigen Nachmittags waren drei Bergarbeiterversammlungen einberufen, in denen die gegenwärtige Lage besprochen werden sollte.

\* Bochum, 28. Juni. Der Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier. Die auf gestern Nachmittags einberufenen drei Bergarbeiterversammlungen wurden von der Polizei verboten. Bei der Mittagsmahlzeit auf der Bege „Friedrich der Große“ von 600 Arbeitern nur 12, auf der Bege „v. d. Heydt“ von 850 nur 15, am Shamrod I und II von 600 nur 324 an. Nach dem „Bochumer Anzeiger“ ist es gestern Abend zu neuen Tumulten gekommen. Die Streikenden hätten die Polizei mit Steinen beworfen, worauf diese scharf geschossen habe. Mehrere Personen seien verletzt worden. Die Tumulte hätten sich erneuert, als die Polizei zwei Verhaftete abführen wollte. — Auch die „Bochumer Zeitung“ meldet, daß der Ausstand im Bezirk Ferne größere Ausdehnung gewonnen habe und Arbeitswillige bedroht und mißhandelt worden seien.

\* Ebernforde, 28. Juni. Die „Hohenzollern“ ist gestern Nachmittags kurz vor 6 Uhr hier angekommen. Das Kaiserpaar nahm auf ihr altes Wohnhaus.

\* Pensioniert in der deutschen Armee wurden seit dem 13. Mai: 8 Generalleutnants, 14 Generalmajore, 18 Obersten, 2 Oberstleutnants, 12 Majore, 12 Hauptleute, 11 Oberleutnants und 5 Leutnants.

In Summe 82 Offiziere. Kosten jährlich 410 000 Mark! Auf Preußen treffen von den Verabschiedeten u. a.: 7 Generalleutnants, 12 Generalmajore, 15 Obersten, 8 Majore. Auf Sachsen 1 Generalmajor, 2 Obersten, 1 Oberstleutnant, 3 Leutnants. Ferner scheidet ohne Pension aus: 5 Oberleutnants (4 preussische und ein württembergischer) und 17 Leutnants (15 (!) preussische, 1 sächsischer und 1 württembergischer). Im ganzen gingen also in dem kurzen Zeitraum von 6 Wochen 104 Offiziere ab. Der Gesamtverbrauch an Offizieren im ersten Halbjahr 1899 beläuft sich auf 360, die jährlichen Kosten hierfür betragen die Kleinigkeit von 1 100 000 M. In Preußen wurden insgesamt 275, in Sachsen 16 Offiziere verabschiedet bez. ausgeschieden. Verhältnismäßig wenig wurde in Sachsen pensioniert. Nicht ganz ohne Interesse dürfte es ferner sein, daß unter dem 15. Juni ein pensionierter preussischer Wachmeister zum Leutnant befördert wurde.

\* Zum Zwischenfall Balleström-Bresfeld im Reichstage schreibt die „Vib. Rorr.“: „Der Präsident des Reichstages, Graf Balleström, hat im amtlichen stenographischen Bericht über die Sitzung vom 21. Juni, in welcher der Zusammenstoß mit dem Minister Bresfeld erfolgte, seine Äußerungen in bemerkenswerter Weise korrigiert. Bekanntlich hatte der Präsident den Abg. Roesicke (Dessau) erfußt, „Äußerungen des Monarchen, die uns nicht beglaubigt zugegangen sind, nicht in den Bereich seiner Ausführungen zu ziehen.“ Als Herr Roesicke darauf erwiderte, daß die von ihm angezogene Balleström'sche Rede des Kaisers im „Staatsanzeiger“ gestanden habe, erklärte der Präsident: „Dann ist das etwas anders; dann können Sie sie in angemessener Weise erwähnen.“ Im stenographischen Bericht ist zwischen diese beiden Sätze aber der weitere Satz eingeschoben: „Vorausgesetzt, daß es der amtliche Teil des Blattes war.“ Wären diese Worte vom Präsidenten gesprochen worden, so hätten sie unmöglich den Abgeordneten und den Berichterstatter der Presse entgehen können; sie sind thätig in den stenographischen Bericht eingefügt, ohne vom Präsidenten geäußert zu sein.“

\* Das Heimstättengesetz. Die wesentlichen Bestimmungen sind: Paragraph 1. Jeder Angehörige des Deutschen Reiches hat nach vollendetem 24. Lebensjahre das Recht zur Errichtung einer Heimstätte. Die Errichtung erfolgt durch Eintragung eines Grundstücks in das Heimstättenbuch. Paragraph 2. Die Größe einer Heimstätte darf die eines Bauernhofes nicht übersteigen. Sie muß wenigstens einer Familie Wohnung gewähren und die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ermöglichen. Paragraph 3. Der zur Heimstätte festzulegende Besitz darf bis zur Hälfte des Wertes verschuldet sein. Paragraph 4. Die Heimstätte ist unteilbar und — vorbehaltlich des Nießbrauchsrechtes des überlebenden Ehegatten — durch Erbgang, im Falle des Vorhandenseins mehrerer Erben, nur auf einen derselben (Unerbe) übertragbar. Paragraph 5. Die Veräußerung der Heimstätte ist nur mit Genehmigung des Ehegatten und nur an Angehörige des Deutschen Reiches zulässig. Paragraph 6 enthält beschränkende Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung in die Heimstätte.

\* Die Berliner Bauarbeiter (Steinträger usw.) bereiten den Generalausstand für die nächsten acht Tage vor. Da ihre Hoffnung, daß bei den Einigungsverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Mauren auch eine Aufbesserung ihrer

Löhne in Betracht gezogen werde, vereitelt wurde, beauftragten sie am Montag in einer stark besuchten Versammlung ihre Lohnkommission, sofort dem Arbeitgeberbunde einen Tarif mit der Maßgabe zu unterbreiten, daß am 3. Juli der allgemeine Ausstand erklärt werde, falls bis dahin keine Einigung erzielt sei. Nach diesem Tarife wird gefordert für die gewöhnlichen Lohnarbeiten (Ausschachten) ein Minimallohn von 40 Pfennige, für die gewöhnliche Arbeit am Hochbau (Wassertragen und Hilfe, beim Rüstbau) von 45 Pfennig, für Stein- und Kalkträger 60 bis 65 Pfennige. Auch für Aufräumarbeiten sollen die Löhnsätze erhöht werden.

\* Der österreichungarische Ausgleich hat die erste Etappe glücklich hinter sich; das ungarische Abgeordnetenhaus hat die „Gesetzvorlage über die Regelung der Zoll- und Handelsverhältnisse mit Oesterreich“ angenommen. In Oesterreich wird wegen der Obstruktion der deutschen Parteien die verfassungsmäßige Durchführung des Ausgleichs, noch auf manche Schwierigkeiten stoßen. Es wird schließlich nichts übrig bleiben, als zur Notverordnung zu greifen.

\* So knapp die Mehrheit sich darstellt, mit welcher dem neuen französischen Ministerium das Vertrauen der Deputiertenkammer ausgesprochen wurde, so ist mit diesem Siege doch die schwere Gefahr, die sich für die Republik aus einer sofortigen abermaligen Ministerkrise ergeben hätte, vorläufig beseitigt. Man kann die 44 Mitglieder der Linken, die sich der Abstimmung enthielten, weil sie einem Kabinett, dem General Gallifet angehört, nicht ein Vertrauensvotum erteilen wollten, schriftlich den Revisionisten zurechnen, und damit erhöht sich immerhin die Mehrheit, die das Ministerium in der Verteidigung des Rechts unterstützen wird. Gleichwohl bleibt die Lage kritisch, und die Regierung wird eines hohen Maßes von Festigkeit bedürfen, um den Stürmen, die ihres noch harren, Stand zu halten.

\* Einen charakteristischen Wink erteilt die „Partie“ den Offizieren, nämlich den, durch ihren Masfenrücktritt gegen die Rehabilitierung Dreyfus zu protestieren. Das chauvinistische Blatt versichert überdies, bereits zahlreiche Offiziere, namentlich der Artillerie, hätten ihren Entschluß bekundet, auf ihre Chargen zu verzichten. Man hat es da offenbar mit einem neuen Aufreizungsversuche der Nationalisten zu thun, der aber an der entschlossenen Haltung der Regierung scheitern wird.

\* Brest, 28. Juni. Man neigt zu der Ansicht, daß ein Schiff, welches gestern den Hafen verließ, beauftragt sei, Dreyfus vom Kreuzer „Esaz“ zu holen und heimlich zu landen.

\* Paris, 28. Juni. Das Eintreffen des Kreuzers „Esaz“ ist noch immer unbestimmt. Die militärischen Maßregeln der Regierung in Brest über treffen alles Dagewesene; nicht weniger als sieben Regimenter sind in Brest zur Verstärkung der Garnison eingetroffen.

\* Brüssel, 28. Juni. In der gestrigen Kammer Sitzung spielten sich anlässlich der Feststellung des Tages der Beratung der Wahlreform unglückliche Szenen ab. Die sozialistischen Abgeordneten forderten die anwesende Militärwache auf, ihre Waffe gegen die Regierung zu richten. Sie riefen: „Es lebe die Republik!“ und sangen im Chöre die Marschlied. Gegen Ende der Kammer Sitzung warf der Sozialist van der Felde dem Präsidenten und dem auf der Rednertribüne stehenden klerikalen Abgeordneten Dapierbaule ins Gesicht.